

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

"Neues wirtschaftliches Viereck" in Südostasien - unter Beteiligung der VR China

Ende Februar reiste der thailändische Außenminister Prasong Sunsuri nach China und besprach dort mit seinem Amtskollegen Qian Qichen u.a. den thailändischen Plan, "in naher Zukunft" ein Vier-Nationen-Treffen auf "hoher Ebene" abzuhalten, bei dem ein neues subregionales Kooperationsabkommen erarbeitet werden solle, das die Bereiche Nordthailand, Südchina, Myanmar/Birma und Laos umfassen, und in dem zunächst vor allem die Schifffahrt auf dem oberen Mekong und der Ausbau der nötigen Straßenverbindungen erörtert werden soll. (BP, 1.3.93, S.1)

Pläne dieser Art werden in Thailand nicht überall freundlich aufgenommen. Von verschiedenen Seiten wurden Bedenken geäußert, ob das so großzügig nach Südostasien eingeladene China nicht die Gelegenheit beim Schopf packen werde, seinen militärischen Einfluß dort zu verstärken. Das Militärregime in Rangun habe den Chinesen bereits Häfen im Irrawaddy-Delta zur Verfügung gestellt. Der neue Regionalplan könne den chinesischen Ehrgeiz noch weiter einheizen. (N, 7.3.93)

Der Chef des Nationalen Sicherheitsrats, General Charan Kulavanija, bezeichnete solche Befürchtungen als "weit übertrieben" und wies darauf hin, daß China heutzutage in erster Linie an wirtschaftlicher Kooperation interessiert sei. In ganz Asien entstünden gegenwärtig wirtschaftliche Schwerpunkte, so in den Bereichen ASEAN, APEC (Asia Pacific Economic Cooperation), Indochina und in dem "neuentstehenden Wachstumsviereck" Südchina, Nordthailand, Nordlaos

und Ostbirma. Durch die Schaffung des neuen Wachstumsvierecks werde lediglich - und zwar in Korrelation zu anderen Wachstumszentren - ein "Neues regionales Gleichgewicht" hergestellt. (Ebenda) Es gehe also ausschließlich um wirtschaftliche, nicht jedoch um militärische Belange! Wenige Tage später, am 17.März, wies Außenminister Qian Qichen in Beijing darauf hin, daß die "Theorie von der Bedrohung durch China" (Zhongguo wei xie lun) ein Versuch sei, in Asien "Mißstimmung hervorzurufen". (XNA, 18.3.93) Möglicherweise spielte er mit diesem Hinweis auf Befürchtungen an, wie sie in Bangkok geäußert worden waren. -we-

*(2)

Der Austritt Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag und die Reaktion Chinas

Am 12.März 1993 erklärte die nordkoreanische Regierung, daß sie aus dem Atomwaffensperrvertrag austrete, dem sie Anfang 1992 beigetreten war. Der Austritt Nordkoreas aus dem Sperrvertrag war nicht zuletzt ein Anzeichen wachsender Angst vor dem wirtschaftlich immer stärker werdenden Südkorea. Erst Ende März hatte die japanische Nachrichtenagentur Kyodo den Bericht eines auslandschinesischen Besuchers in Nordkorea gebracht, der das Land als ein Armenhaus schildert, das "kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps" steht. (Kyodo in SWB, 27.3.93)

Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien reagierte auf diese Ankündigung damit, daß sie dem Land bis zum 31.März eine Frist stellte, Sonderinspektionen in den beiden dortigen Atomforschungszentren, vor allem in Yongbyon (rd. 100 km nordwestlich von Pyonyang), zuzulassen.

Die nordkoreanische Regierung bezeichnete dieses Ansinnen als den Versuch einer Einmischung in innere Angelegenheiten, dem man mit allen erforderlichen Mitteln begegnen wolle.

Alle Augen richteten sich nun auf die VR China, die lange Zeit als der engste Partner Nordkoreas gegolten hatte, und von der man jetzt Druck auf Pyonyang erwartete. Auch Südkorea mahnte die VRCh, hier ihren Einfluß auszuüben, und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die VRCh ihren nordkoreanischen Partner rd. 90% aller von ihm benötigten Treibstoffe liefere. Hier sei ein erhebliches Druckpotential vorhanden. (KBS Fernsehen in SWB, 17. und 29.3.93)

Längst freilich ist der Einfluß Chinas nicht mehr das, was er einst war; denn seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Beijings mit Südkorea am 24.August 1992 (dazu C.a., August 1992, Ü 7), ist von "Brüderlichkeit" zwischen China und Nordkorea keine Rede mehr. Den Nordkoreanern kann es auch nicht verborgen geblieben sein, daß die chinesische Regierung zufrieden darüber gewesen ist, den "lästigen" Partner endlich auf Distanz gebracht zu haben. (Ausführlich dazu C.a., Oktober 1992, Ü 4)

In einem langen Bericht von Meng Lin in der Hongkonger *Qingbao* vom 5.März 1993 (S.51) hat Nordkorea gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul scharf protestiert. Angeblich habe Pyonyang gedroht, den "chinesisch-koreanischen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" aufzukündigen, seinen Botschafter aus China zurückzuziehen und zeitweilig auch den bilateralen Austausch in den Bereichen Touristik, Sport und Kultur einzustellen. Darüber hinaus habe Pyonyang Anfang Dezember 1992 vorgeschlagen, daß China auf die Rückzahlung der 25 Mrd. Yuan verzichten möge. Bereits seit Ende 1991 hatte Nordkorea diese Schulden ohnehin nicht mehr bedient! Seit Herbst 1993 sei die nordkoreanische Führung überdies dazu übergegangen, die Linie, die Prinzipien und die Politik der KPCh immer schärfer zu kritisieren und u.a. auch Deng Xiaoping, Yang Shangkun und Jiang Zemin namentlich anzugreifen. Die KPCh sei der "neue Verräter am Marxismus-Leninismus und an der internationalen kommunistischen Bewegung" (sic!).

In einem Brief an die nordkoreanische Führung habe das chinesische Außenministerium daraufhin festgestellt: (1) Es gebe über die Kredite verbindli-

che Verträge, und sie müßten deshalb grundsätzlich rechtzeitig zurückgezahlt werden; (2) sollte jedoch die koreanische Seite in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, so sei China bereit, einstweilen keinen Druck ausüben. Beide Seiten sollten in entsprechende Konsultationen eintreten. Künftige chinesische Wirtschaftshilfe an Nordkorea werde sich (3) nach der chinesischen Wirtschaftsfrage richten.

Kim Ilsonng soll im Juni und im Oktober 1992 persönlich Briefe an chinesische Spitzenführer geschrieben und um die Lieferung militärischer Ausrüstungen gebeten haben, mit denen Nordkorea einen "plötzlichen Überfall" Südkoreas abwehren könne. Ferner habe Kim um Hilfe im Energie-, Maschinen- und Landwirtschaftsbereich gebeten und, drittens, die Unterzeichnung eines neuen sino-koreanischen Abkommens über politische, wirtschaftliche und militärische Fragen angeregt.

Die chinesische Seite sei auch auf diese Vorschläge nicht eingegangen. Anfang Februar 1993 habe Ministerpräsident Li Peng vielmehr folgende Feststellungen getroffen: (1) China werde kein neues politisches oder militärisches Abkommen mit Nordkorea abschließen. (2) China wolle auf keinen Fall dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea erneut verschärfen. (3) China trete dafür ein, daß Nord- und Südkorea Mitglieder einer gemeinsamen nuklearfreien Zone würden. (4) Beijing unterstütze ferner einen Dialog und Friedensgespräche zwischen Nord- und Südkorea, die womöglich auch die Wiedervereinigung beider Seiten miteinbeziehen sollten. (5) China werde den Nordkoreanern keine Waffen modernerer Bauart liefern und wende sich auch gegen jede Belieferung Südkoreas mit fortgeschrittenen Waffen. (6) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und den beiden koreanischen Teilstaaten diene dem Frieden in Asien. (7) China sei der Meinung, daß Südkorea gegenwärtig weder in der Lage noch willens sei, einen Krieg gegen Nordkorea vorzutragen. (8) China sei bereit, mit Nordkorea auch weiterhin langfristige Freundschaftsbeziehungen zu unterhalten. Beijing hoffe, daß Nordkorea seine Angriffe auf China einstelle, die den beiderseitigen Beziehungen nur schaden könnten. (Nach SWB, 8.3.93)

Anfang März wies das Beijinger Außenministerium darauf hin, daß die VR China ihre Beziehungen zu Nordkorea auf der "Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" fortsetzen wolle. (XNA, 5.3.93) Nirgends ist hier mehr von "proletarischem Internationalismus" oder von "Brüderlichkeit" die Rede!

Am 26. März berichtete Radio KBS (Seoul), daß Kim Ilsonng "im letzten Monat" (also bereits im Februar!) Beijing besucht und dort Geheimgespräche mit Deng Xiaoping geführt habe. (SWB, 29.3.93) Das chinesische Außenministerium habe ein solches Treffen jedoch als pure Erfindung bezeichnet. Diese Version erscheint angesichts der chinesischen Interessenlage als die wahrscheinlichere!

Am 4. März gab das chinesische Außenministerium bekannt, daß es hoffe, die Nuklearfrage könne in gedulden Verhandlungen zwischen Nord- und Südkorea sowie zwischen Korea und der Internationalen Atomenergieorganisation gelöst werden. (SWB, 29.3.93) Die südkoreanische Agentur Yonhap meldete, daß China in der Zwischenzeit versucht habe, die nordkoreanische Führung zu überreden, Sonderinspektionen durch die IAEO zu genehmigen. (Yonhap in SWB, 29.3.93) Außerdem habe Beijing die nordkoreanische Regierung über deren Botschafter wissen lassen, daß eine starre Haltung gegenüber der IAEO zu gefährlichen Konsequenzen führen könne. Dies sei eine "bemerkenswerte Änderung" in der chinesischen Politik gegenüber der Nuklearfrage und gegenüber Nordkorea. (Ebenda)

Am 23. März 1993 sprach Außenminister Qian Qichen erneut die Hoffnung Beijings aus, daß sich Koreas Rückzug aus dem Atomwaffensperrvertrag durch "geduldige Konsultationen" vielleicht doch wieder aus der Welt schaffen lasse. (XNA, 24.3.93) Man solle die Angelegenheit nicht vor den UNO-Sicherheitsrat bringen, da die Sache dadurch nur noch mehr kompliziert würde. Vor allem möge Nordkorea nicht unter Druck gesetzt werden. (Yonhap in SWB, 29.3.93) Mehr Einfühlbarkeit möge an den Tag gelegt werden.

Gleichzeitig betonte Qian noch einmal, daß "China Sanktionen gegen Nordkorea nicht befürwortet", nachdem die Spannungen auf der koreanischen Insel

in den vergangenen zwei Jahren doch erheblich nachgelassen hätten. Beijings Position sei vollkommen klar, meinte Qian: "China hofft, daß es auf der koreanischen Insel keinerlei Atomwaffen gibt." (Ebenda)

Beijing begrüßte darüber hinaus die Fortsetzung des nordkoreanisch-amerikanischen Dialogs auf Botschafterebene in Beijing. Am 17. März fand die 31. Besprechung dieser Art seit Dezember 1988 statt. Zum ersten Mal kam es kurz hintereinander, nämlich bereits am 18. März, wieder zu einer solchen Zusammenkunft. Dies wurde von China als ein besonders positives Zeichen gewertet. (XNA in SWB, 23.3.93)

Gleichzeitig protestierte Beijing aber auch gegen die amerikanisch-südkoreanischen Militärübungen "Team Spirit", die Anfang März - wie übrigens schon seit vielen Jahren - erneut abgehalten wurden. (XNA in SWB, 29.3.93)

In einem sarkastischen Kommentar mit der Überschrift "Pathologisches aus Pyongyang" kommentiert die SZ (18.3.93): "Von allen Fossilien-Regimen, die ihr Heil in der Abkapselung suchen, ist das nordkoreanische das Musterbeispiel. Selbst Castro wünscht sich neuerdings Beziehungen zu den USA; Nordvietnam kriecht aus der Selbstisolierung hervor; Albanien ist längst nach Europa zurückgekehrt. Nur Nordkorea bleibt ein Rätsel - ein gefährliches obendrein ... nachdem es nicht nur den Atomwaffensperrvertrag gekündigt, sondern auch seine Eine-Millionen-Armee in höchste Alarmbereitschaft versetzt hat... Daß Pyongyang Ostasien nun doppelt provoziert - durch die Bombe und das Säbelrasseln - zeigt, daß dieses totalitäre Regime die (eingebildete) Feindschaft zu den Nachbarn braucht wie das tägliche Brot." -we-

*(3)

Reparationsforderungen der VR China an Japan?

Es fällt auf, daß gegenüber Japan die Reparationsfrage neuerdings wieder hochgespielt wird - allerdings nicht von der Regierung, der Partei oder von Massenorganisationen, sondern von Abgeordneten in lokalen Volksversammlungen und von mehr oder weniger obskuren Interessenvertretungen,

deren Anliegen von offizieller Seite aber offensichtlich nicht ungern vernommen - ja vielleicht sogar insgeheim angeregt wurde.

Einer dieser Anlässe war beispielsweise der 7. Juli 1992, also der 55. Jahrestag des Zwischenfalls an der Marco-Polo-Brücke, der bekanntlich zum Ausgangspunkt des achtjährigen japanischen Angriffs auf China wurde. Einen zweiten Anlaß lieferte der Besuch des japanischen Kaisers Akihito im Oktober 1992 und eine dritte Gelegenheit der VIII. Nationale Volkskongreß vom März 1993.

Bereits am 15. März 1992 hatten 32 Abgeordnete aus "Chinas ehemaliger Kriegshauptstadt", Chongqing, den Antrag gestellt, dem japanischen Kaiserreich eine Rechnung in Höhe von 180 Mrd. US\$ für Kriegsschäden zu präsentieren. Dem Antrag hatten sich Volksversammlungen der Provinzen Hebei, Zhejiang und Heilongjiang sowie vierer weiterer chinesischer Großstädte angeschlossen, die unter der achtjährigen japanischen Besatzung besonders hatten leiden müssen.

Die japanische Regierung lehnt Ansinnen dieser Art ab und wies bereits im März 1992 darauf hin, daß die Entschädigungsfrage gegenüber China längst "geregelt" sei, da die chinesische Regierung bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen i.J. 1972 auf Entschädigungen ausdrücklich verzichtet habe. (Kyodo in SWB, 11.3.92) Hinter den neuerlichen Reparationsforderungen stünden "antijapanische Hardliner".

Seit Januar 1992 war auch das Thema der von den Japanern zwischen 1937 und 1945 verschleppten "Trostfrauen" aufgekommen. Während des Zweiten Weltkriegs seien rd. 80.000 Chinesinnen und Koreanerinnen von der japanischen Armee gezwungen worden, in Militärbordellen tätig zu sein. Aus verständlichen Gründen hätten die überlebenden Opfer bisher Schweigen bewahrt.

Während die Südkoreaner das Problem den Japanern gegenüber offen zur Sprache brachten, verhält sich die offizielle chinesische Seite in dieser Frage immer noch zurückhaltend; möglicherweise wartet sie auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Anläßlich des VIII. NVK vom März 1993 richtete ein bekannter Shanghaier Aktivist, Bao Ge, einen offenen Brief an das NVK, in dem gefordert wurde, daß das chinesische Volk durch ein nationales Referendum zu der Frage der japanischen Reparationszahlungen Stellung nehmen müsse. Die Entscheidung der Regierung von 1972, auf Reparationszahlungen zu verzichten, sei "unbegreiflich", über den Kopf der Bevölkerung hinweg erfolgt und müsse durch ein Referendum daher nochmals überprüft werden.

In der Petition wird auch darauf hingewiesen, daß während des Zweiten Weltkriegs rd. 20 Millionen Chinesen durch Einwirkungen der japanischen Armee ums Leben gekommen seien. Überdies habe Kaiser Akihito bei seinem Chinabesuch im Oktober 1992 keinerlei offizielles Bedauern über die japanischen Kriegsverbrechen geäußert.

Bao Ge war von den Behörden am Vorabend der Visite Akihitos festgenommen worden, damit er seine Drohung eines öffentlichen Hungerstreiks nicht wahr machen könne. Auch eine Reihe weiterer Aktivisten waren damals kurzzeitig unter Sicherheitsverwahrung genommen worden.

Neben Bao Ge hat sich auch noch eine Gruppe von Intellektuellen zum Fürsprecher chinesischer Reparationsforderungen an Japan gemacht. Japan solle die Kriegsoffer mit insgesamt 180 Mrd. Yuan entschädigen.

Die gleiche Summe war bereits am Vorabend des Chinabesuchs Akihitos von einer Interessengruppe geltend gemacht worden, der angeblich 300.000 Mitglieder im ganzen Lande angehören. Noch lebten zehn Millionen chinesische Kriegsoffer, deren Geduld nicht länger auf die Folter gespannt werden dürfe. (SCMP, 10.3.93)

Die Regierung in Beijing hat zu Forderungen dieser Art bisher weder positiv noch negativ Stellung genommen. Genaugenommen können ihr Forderungen aber, wie gesagt, gar nicht so unrecht sein - und vielleicht hat sie selbst Winke in die eine oder andere Richtung gegeben. Für die Japaner jedenfalls handelt es sich hier um ein höchst unangenehmes Thema. Das schlechte Gewissen in Tokyo auszunutzen, kann für die Volksrepublik allemal von Nutzen sein! -we-

*(4)

China und Tadschikistan

Vom 8. bis 11. März besuchte der "Vorsitzende des Obersten Sowjets der Republik Tadschikistan", Imamali Rachmanov, die VR China. Es handelte sich bei dieser Visite, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, um die erste "chinesisch-tadschikische Gipfelkonferenz", die ein "neues Stadium in den Beziehungen zwischen beiden Ländern" einleite. (XNA, 11.3.93)

Im Kommuniqué war davon die Rede, daß beide Seiten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, gegen den internationalen Terrorismus, gegen Schmuggel und Betäubungsmittelhandel zusammenarbeiten und daß sie im übrigen alle internationalen Fragen friedlich und im Geiste der UNO-Charta lösen wollten. Vor allem wollten beide Seiten die noch verbleibenden Grenzfragen regeln (Tadschikistan grenzt auf ungefähr 250 km an Xinjiang).

Die sino-sowjetische Annäherung hatte sich schon seit 1989 positiv auf die Regelung des Grenzkonflikts zwischen beiden Seiten niedergeschlagen. So wurde beispielsweise bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion eine weitgehende Einigung über den Verlauf des östlichen Grenzabschnitts erzielt. Offen blieb allerdings - bis zum Zerfall der UdSSR - die Regelung des westlichen Abschnitts, die nun in Verhandlungen mit Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan erfolgen muß. In der Zwischenzeit werden diese Grenzgespräche gemeinsam geführt. So kam es beispielsweise im Juli und August 1992 zu "4+1-Gesprächen" in Moskau. Anfang September 1992 legten die vier GUS-Republiken ihre Zusammenarbeit in Grenzfragen sogar vertraglich fest. (XNA, 4.4. und 9.9.92)

In Shanghai traf der tadschikische Besucher auch mit Li Donghui, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang zusammen.

Besonders interessierte sich der Besucher für die chinesischen Reformen und besuchte zu diesem Zweck eine Reihe von Betrieben in Shanghai und Nantong.

Die chinesische Seite sagte der tadschikischen Regierung einen Warenkredit in Höhe von 30 Mio. Yuan und humanitäre Hilfe in Höhe von 3 Mio. Yuan zu. (Xinhua nach SWB, 29.3.93)

Ferner wurden mehrere Dokumente unterzeichnet, nämlich ein Regierungsabkommen über die Befreiung der Visapflicht für beiderseitige Beamte, ferner ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Außenministerien, ein Abkommen über Investitionshilfe und ein Abkommen über Kredite Chinas an Tadschikistan (zu den Summen vgl. oben). Außerdem wurde ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Abkommen über die Kooperation im Rundfunk- und Fernsehwesen, ein Abkommen über Zusammenarbeit im Tourismus, über Kooperation im Gesundheitswesen und ein Vorabkommen über Lufttransport geschlossen. (XNA, 9.3.93)

Die tadschikische Regierung anerkennt die Regierung der VR China als die einzige legale Vertretung des chinesischen Volkes. (Ebenda)

Die Erwähnung beiderseitiger Probleme wurde soweit wie möglich vermieden. Was die Chinesen im Zusammenhang mit den neuentstandenen islamischen Republiken in Zentralasien besonders beunruhigt, läßt sich mit drei Stichworten wiedergeben: Nationalismus, Pantürkismus und islamischer Fundamentalismus. (Dazu auch C.a., Oktober 1992, S.730 ff.)

Im Juni 1992 erhielt Tadschikistan vom Iran einen 50-Mio.-US\$-Kredit - Zeichen dafür, daß sich der Iran mit der Türkei in einen Wettstreit um verstärkten Einfluß in Zentralasien begeben hat. Obwohl der Iran zur VR China im allgemeinen gute Beziehungen unterhält, dürfte eine enge iranisch-tadschikische Zusammenarbeit mit Beijing noch einige Unruhe auslösen, da der Virus des islamischen Fundamentalismus, der ja besonders vom Iran genährt wird, auch auf Xinjiang übergreifen könnte.

Beruhigend mag es da für Beijing sein, daß sich - sozusagen als Gegengewicht zum Iran - auch Pakistan in der Zwischenzeit mit Tadschikistan kurzgeschlossen hat. (Näheres dazu C.a., Oktober 1992, S.732)

Der Umgang der VR China mit den neuen Staaten in Zentralasien läßt sich mit den beiden Stichworten "Normalität" und "Vorsicht" wiedergeben. -we-

***(5)
Chinesischer Diplomat sucht Asyl in Schweden**

Der chinesische Generalkonsul in St.Petersburg, Wang Liji, hat sich nach Schweden abgesetzt und dort politisches Asyl beantragt. Der Diplomat war mit einem Touristenvisum nach Schweden gekommen, um dort offiziell seinen an der Universität Uppsala studierenden Sohn zu besuchen. (Radio Stockholm nach SWB, 29.3.93) -we-

***(6)
VR China größter ausländischer Kleinwaffenlieferant auf dem amerikanischen Markt**

Unter Berufung auf Dokumente des US-Finanzministeriums berichtete die *Washington Post*, daß China in den Jahren 1989-1991 fast 2 Mio. Stück Waffen in die USA exportiert hat. Bei Kleinwaffen auf dem amerikanischen Markt sei die VRCh inzwischen größter ausländischer Lieferant. Die chinesische VBA habe in den USA zum Zweck der Waffenlieferung inzwischen sogar mehrere Firmen gegründet. Hauptziel sei es, harte Devisen zu verdienen. Begehrt auf dem amerikanischen Markt sei vor allem die halbautomatische Handfeuerwaffe AK-47. -we-

***(7)
Wie Beijing sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2000 bemüht: Tiefe Verbeugung vor dem "Gott" IOC**

"Wir betrachten das Internationale Olympische Komitee als Gott, und was es sagt, ist wie ein Befehl für uns", sagte Chen Xitong, der Präsident des Bewerbungsausschusses für die Olympischen Spiele 2000. Und weiter: "Es sind Menschen, die Anträge stellen, aber es ist der Himmel, der entscheidet." Xinhua (XNA, 6.3.93) weist ausdrücklich darauf hin, daß mit dem "Himmel" das Internationale Olympische Komitee gemeint sei. Chen sodann wörtlich: "Es sind zwar die Stimmen der IOC-Mitglieder, die zählen, wir hoffen aber, daß der Himmel unsere Wünsche erfüllt." Die Bitte Beijings erhebe sich im Sinne von 1,1 Milliarden Chinesen: "Wir wollen uns bemühen, das Beste für die Olympischen Spiele zu tun und werden noch größere Beiträge für die Verbreitung des olym-

pischen Geistes leisten." Chen Xitong, der bis Februar 1993 Bürgermeister von Beijing war und der dem Staatsrat angehört, wies auch auf die lange Geschichte und die alten kulturellen Traditionen Beijings hin - nicht zuletzt auch auf die zahllosen Attraktionen der Stadt. Auch im Hinblick auf die Sicherheit der Besucher sei Beijing einmalig: Es gebe eine Kriminalitätsrate von nur 1,7 pro tausend Personen - die niedrigste Rate unter allen Großstädten der Welt überhaupt! Außerdem gebe es i.J. 2000 allein in China rd. eine Milliarde Fernsehzuschauer. Wo sonst könne der "olympische Geist unter den Menschen besser Wurzeln fassen als auf diese Weise bei einem Viertel der Menschheit"!

Ferner habe Beijing exzellente Erfahrungen bei der Durchführung internationaler Sportfestspiele. Sämtliche Mitglieder des Beijinger Bewerbungsausschusses seien gleichzeitig auch Organisationsmitglieder für die Asienspiele gewesen.

Man solle auch nicht vergessen, daß die Stadt inzwischen über 12 Fünf-Sterne-, 16 Vier-Sterne- und 120 weitere Zwei- und Ein-Sterne-Hotels verfüge. Bis zum Jahr 2000 stünden in Beijing 70.000 Standardräume in "Stern-Hotels" zur Verfügung.

Seit 1992 bilde Beijing auch systematisch Personal in Fremdsprachen aus.

Nicht zuletzt aber werde in den nächsten sieben Jahren ein Olympisches Stadium mit einem Fassungsvermögen von 100.000 Menschen gebaut, ferner eine Olympische Stadt von rd. 250 ha Ausdehnung und etwa 120.000 qm Wohnfläche.

Die Entscheidung des IOC fällt am 23.September 1993 in Monte Carlo, Monaco.

Mitbewerber sind Sidney (Australien), Mailand (Italien), Berlin, Brasilia, Manchester und Istanbul.

Vergleicht man die "religiös"-demütige Verbeugung des offiziellen Beijing vor dem "Gott" IOC mit dem Erscheinungsbild des Konkurrenten Berlin (und den dortigen Anti-IOC-Demonstrationen vom 18.April 1993), so kann man sich den Ausgang des Rennens sehr gut vorstellen: zwischen diesen beiden zumindest scheinen die Chancen klar verteilt zu sein! -we-